

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 62 (1970)
Heft: 4

Artikel: Die schweizerische Wirtschaft im Jahre 1969
Autor: Traber, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354441>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erhaltung und den weiteren Ausbau des demokratischen Systems in Staat und Wirtschaft ein und wendet sich entschieden gegen rechts- wie linksextreme Strömungen.

Der SMUV ist politisch unabhängig und lässt sich in seinen Stellungnahmen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik ausschliesslich von den Interessen seiner gesamten Mitgliedschaft leiten. Dass der SMUV und die Sozialdemokratische Partei oftmals am gleichen Strick ziehen, erklärt sich aus der weitgehenden Uebereinstimmung der Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Die Mitgliedschaft des SMUV umfasst nicht nur Anhänger verschiedener Parteien, sondern auch Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften. Der Verband mischt sich nicht in konfessionelle Auseinandersetzungen.

Demokratische Einstellung, politische Unabhängigkeit und religiöse Toleranz erscheinen dem SMUV als unabdingbare Voraussetzungen für den Weiterbestand als grosse und aktionsfähige Gewerkschaft. Eine solche ist auch fernerhin so nötig wie zur Zeit ihrer Gründung.

Josef Hasler, Bern

Die schweizerische Wirtschaft im Jahre 1969

Die schweizerische Wirtschaft hat ein weiteres Jahr der Hochkonjunktur hinter sich. Der Wiederaufschwung, der 1968 einsetzte, gewann 1969 rasch an Breite und Stärke, und bereits im Herbst machten sich Anzeichen einer Ueberlastung des Wirtschaftspotentials bemerkbar. Der Boom, der anfänglich die Exportindustrien besonders begünstigt hatte, griff zusehends auf inlanderorientierte Branchen über, so dass fast alle Arbeitskräfte, Fabriken und Maschinen pausenlos und voll für die Güterproduktion eingesetzt sind. Ein ausgetrockneter Arbeitsmarkt, ein minimaler Leerwohnungsbestand, steigende Zinssätze und Preise sind die Begleiterscheinung.

Zahlen verdeutlichen den Aufschwung

Das *Bruttosozialprodukt* erhöhte sich nach ersten provisorischen Berechnungen von 74 Mia Fr. im Jahre 1968 auf 80 Mia Fr. im Jahre 1969, was einer Steigerung um knapp 8 Prozent entspricht. Nach Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Preiserhöhungen um 2,5 Prozent stellte sich die Verbesserung beim realen Bruttosozialprodukt auf 5,2 Prozent. Das bedeutet, dass die reale wirtschaftliche Wachstumsrate sich seit dem zyklischen Tiefstand vom Jahre 1967

fast verdreifacht und aller Voraussicht nach auch den im Boomjahr 1964 erreichten Stand wieder überschritten hat.

Jahr	Anstieg des realen Bruttosozialproduktes in % gegenüber dem Vorjahr
1964	5,1
1965	4,3
1966	2,9
1967	1,8
1968	4,0
1969	5,2

Die gesamtwirtschaftliche Produktion erwies sich somit als überaus elastisch. Die *Arbeitsproduktivität*, die entsprechend den internationalen Gepflogenheiten neuerdings am realen Bruttoinlandprodukt pro Beschäftigten gemessen wird, verbesserte sich nämlich auf fast 4 Prozent; ein Jahr zuvor waren rund 3 Prozent ermittelt worden. Diese Entwicklung ist einerseits auf die – während eines Konjunkturaufschwunges übliche – intensivere Nutzung der Produktionskapazitäten zurückzuführen. Andererseits ist der beachtliche Produktivitätsgewinn aber auch durch die Rationalisierungsinvestitionen und die Umstrukturierungen in Form von Fusionen, Sortimentsbereinigungen und Betriebsstillegungen der letzten Jahre ermöglicht worden.

Grösseres Handelsbilanzdefizit – grösserer Ertragsbilanzüberschuss

Ein Grossteil der Mehrproduktion wurde wie schon im Vorjahr auch 1969 exportiert. Die Ausfuhr, die im Oktober erstmals in der schweizerischen Wirtschaftsgeschichte einen Monatswert von 2 Mia Fr. erzielte, stieg um 15 Prozent (1968 um 14 Prozent) an und überschritt damit die Summe von 20 Mia Fr. Vom Zuwachs haben alle Industriezweige profitiert. Spitzenreiter der Hauptindustrien war die chemische Industrie mit einer Ausfuhrsteigerung von rund 30 Prozent bei den gewerblichen Chemikalien. Es folgten mit einigem Abstand die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Textilindustrie und die metallverarbeitende Industrie. Die letztere ist weiterhin die wichtigste Exportgruppe, indem sie mehr als die Hälfte der gesamten Ausfuhr bestreitet.

Trotz der unerwartet hohen Anpassungsfähigkeit der einheimischen Produktion musste zur Deckung der überdurchschnittlich gestiegenen Gesamtnachfrage in vermehrtem Masse auf ausländische Güter zurückgegriffen werden. Die Einfuhr zog denn auch kräftig auf fast 23 Mia Fr. an. Ihre Zuwachsrate hat sich seit dem Frühjahr stark beschleunigt und stellte sich im Jahresdurchschnitt auf 17 Prozent, was fast eine Verdoppelung des im Jahre 1968 erreichten Satzes

von 9 Prozent bedeutet. Die stärkste Steigerung der Einfuhr war bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten zu verzeichnen. Allein an Eisen und Stahl wurde über ein Drittel mehr eingeführt. Aber auch die Einfuhr von Konsumgütern, insbesondere von Bekleidungsartikeln, Automobilen und anderen dauerhaften Gütern, nahm sehr erheblich zu.

Das seit 1965 ständig gesunkene *Handelsbilanzdefizit* stieg daher erneut beträchtlich an und betrug 2,7 Mia Fr. oder etwa 650 Mio Fr. mehr als 1968. Auf der anderen Seite scheinen die sogenannten unsichtbaren Einnahmen unseres Landes infolge des neuen Frequenzrekordes in der schweizerischen Hotellerie und der von der internationalen Zinshausse profitierenden schweizerischen Kapitalanlagen im Ausland noch stärker angestiegen zu sein, so dass sich 1969 nochmals ein grösserer *Ertragsbilanzüberschuss* als im Vorjahr ergeben dürfte.

Rascher Anstieg der privaten Investitionen

Die Investitionstätigkeit, die sich seit 1967 fortwährend beschleunigt hatte, wirkte auch 1969 stimulierend auf die Inlandnachfrage ein. Nach vorläufigen Berechnungen verstärkte sich der Anstieg der realen Investitionen von 4 Prozent im Jahre 1968 auf über 6 Prozent im Jahre 1969, wobei der *Wohnungsbau* die grösste Steigerung verzeichnete. Mitte 1969 wurden in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern 48 583 im Bau befindliche Wohnungen gezählt, gegenüber 42 069 Mitte 1968. Seither stieg die Wohnbautätigkeit in den 65 von der Statistik erfassten Städten weiter an, so dass hier die Zahl der neuerstellten Wohnungen mit 20 463 um 8 Prozent über dem Stand von 1968 lag. Die Zahl der baubewilligten Wohnungen erhöhte sich sogar um 19 Prozent auf 29 440. Trotzdem verringerte sich der *Leerwohnungsbestand* in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern innert Jahresfrist um 1175 auf 4444 Einheiten oder auf 0,28 Prozent des geschätzten Wohnungsbestandes; Ende 1968 hatte der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen 0,37 Prozent betragen.

Der *gewerblich-industrielle Bau* wies 1969 ebenfalls ein merklich gesteigertes Wachstum auf, indem die Arbeitsinspektorate 8 Prozent mehr Planvorlagen für industrielle Bauten als 1968 zu begutachten hatten. Das damit verbundene Raumvolumen nahm sogar um 36 Prozent zu.

Verstärkter privater Konsum

Beim *privaten Konsum* trat 1969 ein deutlicher Umschwung in der Entwicklungstendenz ein. Während 1966 bis 1968 nur ein mässiges und zum Teil unterdurchschnittliches Wachstum verzeichnet worden war, setzte sich 1969 auch im Konsumbereich eine spürbare Belebung durch. Auf Grund der Nationalen Buchhaltung betrug die

reale Konsumsteigerung 4,6 Prozent, verglichen mit knapp 3 Prozent in den vergangenen drei Jahren. Gemessen an den Kleinhandelsumsätzen, die mehr als die Hälfte des privaten Konsums repräsentieren, haben Textilwaren und Bekleidungsartikel am stärksten von der Gunst der Käufer profitiert.

Der Mehrkonsum dürfte einerseits von der nun während zweier Jahre anhaltenden relativen Stabilität der Konsumgüterpreise ausgelöst worden sein. Andererseits widerspiegelt sich in der Konsumsteigerung die fortgesetzte Zunahme der gesamten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte infolge des Lohnanstiegs und der im Vergleich zu 1968 etwas grösseren Zahl von Beschäftigten.

Das *Lohnniveau* erhöhte sich im Jahre 1968 um gut 5 Prozent. Obwohl für 1969 definitive Zahlen noch fehlen, erscheint eine etwas stärkere Steigerung als wahrscheinlich: Im Durchschnitt dürfte sich das Lohnniveau zwischen 1968 und 1969 um 6 Prozent bis 6,5 Prozent erhöht haben, und somit wäre die verschiedentlich prognostizierte Lohnexplosion ein weiteres Jahr ausgeblieben.

Grössere Personalbestände im Dienstleistungssektor

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg wie schon im Vorjahr erneut an. Dabei stand den unterdurchschnittlichen Zuwachsraten in der Industrie (+ 1 Prozent gegenüber 1968) und im Baugewerbe (+ 0,5 Prozent) eine überproportionale Beschäftigungszunahme im Dienstleistungsbereich (+ 2 Prozent) gegenüber. Die höchsten Wachstumssätze wiesen die Banken (+ 11 Prozent) und das Gesundheitswesen (+ 5 Prozent) sowie in etwas weniger ausgeprägtem Masse die Versicherungen (+ 3 Prozent) auf, wogegen die Zunahme der Personalbestände im Gastgewerbe und im Verkehrssektor leicht unter dem Gesamtdurchschnitt blieb.

Diese Entwicklung bestätigt die bekannte Tatsache von der geringer werdenden Bedeutung der Beschäftigung im sekundären Sektor und von der Tendenz zur Ausweitung der Personalbestände im tertiären Sektor. Diese Verschiebung ist durch die Abwanderung einheimischer Arbeitskräfte vom eigentlichen Produktionssektor in den Dienstleistungsbereich verursacht worden, so dass die in der Industrie eingetretene Personalvermehrung fast ausschliesslich auf die Einstellung von ausländischen Arbeitskräften zurückzuführen ist. Im September 1968 – die Ergebnisse für 1969 liegen noch nicht vor – standen den 573 000 schweizerischen Industriearbeitern 304 000 Ausländer gegenüber. Der Anteil der Ausländer am Personalbestand der Industrie belief sich somit auf 35 Prozent, verglichen mit 19 Prozent in den Jahren 1958 und 1959.

Im industriellen Bereich, für den die umfassendsten statistischen Unterlagen vorhanden sind, lassen sich noch zwei weitere, grundsätzlich *bedeutsame Entwicklungstendenzen* feststellen. Erstens hatte

der im Jahre 1968 einsetzende neue Konjunkturaufschwung – im Gegensatz zum Boom zwischen 1960 und 1965 – bisher nur bei einem Teil der Industriegruppen eine Vergrößerung der Personalbestände zur Folge. Dagegen setzte sich vor allem in der Papierindustrie und in der Textil- und Bekleidungsindustrie der Beschäftigungsrückgang fort, ohne dass bei diesen Industriegruppen die ursprünglich befürchtete «Funktionsunfähigkeit» eingetreten ist. Gleichwohl ist die Produktion unentwegt gestiegen, und vom Pressedienst der «Wirtschaftsförderung» wird die Lage wie folgt charakterisiert: «Die Textilindustrie ist von einer einst arbeitsintensiven Industrie zu einem ausgesprochen kapitalintensiven Industriezweig geworden. Wir sind heute in technischer Hinsicht der amerikanischen Textilindustrie überlegen. Enorme Investitionen haben die Reduktion der Zahl der Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Produktionssteigerung ermöglicht.»

Zweitens hat der mit dem *technischen Fortschritt* einhergehende Wandel in den industriellen Produktionsverfahren, d.h. der Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen, zur Folge, dass das Betriebspersonal in der Industrie ständig an Bedeutung verliert. Die Gesamtzahl der direkt in der Produktion eingesetzten Arbeitskräfte ging denn auch 1969 erneut leicht zurück, während die Angestelltenschaft weiter an Bedeutung zunahm. Unter dem Einfluss dieser Entwicklung, die von vereinzelt Ausnahmen abgesehen alle Industriezweige betraf, verringerte sich der Anteil des Betriebspersonals an der industriellen Gesamtbeschäftigung seit längerem jährlich um ein halbes Prozent.

Bisher mässiger Preisauftrieb

Trotzdem die schweizerische Wirtschaft personal- und kapazitätsmässig voll ausgelastet ist und dementsprechend erhebliche Teuerungsimpulse vorhanden sind, blieb der Auftrieb der *Lebenshaltungskosten* auch im Jahre 1969 mässig. Die Konsumgüterpreise scheinen somit wie in früheren Jahren mit der üblichen zeitlichen Verzögerung auf die Veränderungen zwischen dem Gesamtangebot und der Gesamtnachfrage zu reagieren. Allerdings blieb auch der Detailhandel von den Auswirkungen der skizzierten strukturellen Wandlungen nicht verschont, die eine Verschärfung der Konkurrenz mit sich brachten und die Hemmungen gegenüber Preiserhöhungen ohne Zweifel verstärkten. Ein manifester Ausdruck der Wettbewerbsverhältnisse auf den Konsumgütermärkten ist zum Beispiel das Suchen nach neuen Verkaufsformen im Detailhandel. Diese Umstände dürften weiterhin einem raschen Wiederanstieg der Teuerung entgegenwirken.

Der Landesindex der Konsumentenpreise erhöhte sich 1969 um 2,5 Prozent, so dass die Teuerungsrate nur unwesentlich über jener des Vorjahres von 2,4 Prozent lag. In den Jahren 1966 und 1967 hatte der entsprechende Zuwachssatz dagegen 4,7 Prozent und 4,0 Prozent

betragen. Entscheidend für den Indexanstieg war vor allem die Verteuerung der wichtigsten *Dienstleistungen*. Im Jahresdurchschnitt betragen die Mietzinssteigerungen 6,3 Prozent und die Preissteigerungen im Verkehrssektor 4,5 Prozent – hauptsächlich wegen den im November 1968 erfolgten Tarifierhöhungen der SBB. Im weiteren verteuerten sich die Leistungen der Coiffeure um 3,9 Prozent und jene der Aerzte um 3,5 Prozent. Dagegen blieb der Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln und den übrigen nicht dauerhaften Waren im ganzen bescheiden, und bei den Haushaltapparaten setzte sich der seit längerer Zeit zu beobachtende Rückgang der Preise sogar fort.

Steigendes Zinsniveau

Die internationale Zinshausse liess naturgemäss auch den schweizerischen *Geld- und Kapitalmarkt* nicht unberührt. Bereits in der ersten Jahreshälfte wurden erhebliche einheimische Gelder auf den Rekordzinssätze von 10 und mehr Prozent bietenden Euromärkten angelegt. Dazu kam als weiteres verknappendes Moment der konjunkturbedingt grössere Mittelbedarf der eigenen Wirtschaft, so dass vorerst die Zinssätze für Tages- und 3-Monats-Gelder nachhaltig anstiegen. In der Folge wurden auch die Zinssätze für Kassenobligationen um 0,25 Prozent auf 5,25 bis 5,5 Prozent erhöht. Die durchschnittliche Verzinsung von Spareinlagen stieg bei zwölf Kantonalbanken von 3,6 Prozent Ende 1968 auf 3,71 Prozent Ende 1969 und auf 3,88 Prozent Ende Januar 1970. Die Rendite eidgenössischer Obligationen erhöhte sich in der gleichen Periode sogar um ein ganzes Prozent auf 5,34 Prozent. Angesichts dieses Zinsauftriebs sah sich die Nationalbank am 15. September veranlasst, den Diskontsatz um 0,75 Prozent auf 3,75 Prozent zu erhöhen. Im weiteren mussten auch bei Neuemissionen die Nominalzinssätze um 0,25 Prozent bis 0,5 Prozent verbessert werden. Trotzdem wurden namentlich im Herbst verschiedene Anleihen nicht voll gezeichnet, was in einigen Fällen zu nachträglichen Herabsetzungen der Emissionsbeträge führte.

Diese Entwicklung verstärkte erwartungsgemäss auch die Auftriebstendenzen bei den *Hypothekarzinsen*. Neue Hypotheken im 1. Rang für den allgemeinen Wohnungsbau mussten Ende 1969 zu durchschnittlich 5,02 Prozent verzinst werden, verglichen mit 4,87 Prozent Ende 1968 und 4,73 Prozent Ende 1967. Seither setzte sich der Anstieg praktisch unverändert fort.

Die aus dem Zinsanstieg resultierende Kreditverteuerung wirkt der Tendenz nach dämpfend auf die Wirtschaftstätigkeit ein. Das gleiche Ziel wird mit der am 1. September in Kraft getretenen freiwilligen Vereinbarung der Nationalbank mit den Schweizer Banken über die *Kreditbegrenzung* angestrebt, die an die Stelle einer gesetzlichen Erweiterung des Notenbankinstrumentariums trat. Danach haben sich die Banken verpflichtet, ihre Inlandkredite innerhalb

von zwölf Monaten höchstens um 9 bis 11,5 Prozent über den Stand von Ende Juli 1969 anwachsen zu lassen. Die Kreditzuwachsrate wurden seither im Rahmen der vom Bundesrat in Aussicht genommenen und zum Teil bereits beschlossenen Massnahmen zur *Konjunkturdämpfung* verschärft. Von all diesen Massnahmen ist jedoch kaum eine nachhaltige Wirkung zu erwarten. Einerseits liegt ihr Schwergewicht im Bereich der Geld- und Kreditpolitik, so dass die Wirtschaft ihnen unter anderem durch den Rückzug von Guthaben im Ausland leicht ausweichen kann. Andererseits ist die im behördlichen Massnahmenkatalog aufgeführte Ergänzung durch eine lineare Exportbelastung in Form eines Exportdepots von den für die Inkraftsetzung zuständigen eidgenössischen Räten bisher nicht bewilligt worden. Bekanntlich möchte der SGB dieses Exportdepot durch eine zweckgebundene Abgabe der Arbeitgeber von drei Prozent der Lohnsumme ersetzen, womit später die zweite Säule der Altersvorsorge finanziert werden soll.

Unruhe an der Währungsfront

Die Frage nach der aussenwirtschaftlichen Absicherung der schweizerischen Volkswirtschaft dürfte dadurch noch nicht endgültig beantwortet worden sein. 1969 traten nämlich in einer Reihe von Ländern erneut währungspolitische Schwierigkeiten auf, die am 8. August in einer Abwertung des französischen Frankens um 12,5 Prozent und am 27. Oktober in einer Aufwertung der D-Mark um 8,5 Prozent gipfelten. Der seit längerem erwartete Aufwertungsentscheid der westdeutschen Regierung liess auch in unserem Lande da und dort Rufe nach einer Veränderung der Parität des Schweizerfrankens laut werden, damit die durch die deutsche Aufwertung entstandenen künstlichen Konkurrenzvorteile der schweizerischen Exportindustrie kompensiert würden. Der Bundesrat beschloss aber, an der bisherigen Parität des Schweizerfrankens festzuhalten.

Ausblick

Aus dem Ueberblick über die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft im vergangenen Jahr kristallisiert sich als *Ausblick für 1970* die Feststellung heraus, dass die Hochkonjunktur anhalten wird. «Der Aufschwung der Auslandsnachfrage könnte zwar eine geringe Abschwächung gegenüber dem Vorjahr erfahren; jedoch wird sich der Aufschwung der Inlandnachfrage verstärken, so dass die Gesamtnachfrage mindestens gleich rasch wachsen wird wie im Jahre 1969. Die Beschäftigung wird leicht steigen, und der Arbeitskräftemangel wird sich verschärfen. Die letzten verfügbaren Reserven werden wahrscheinlich im Laufe des ersten Halbjahres ausgeschöpft sein. Damit hängt die Ausweitung der Produktionskapazität im

wesentlichen vom Produktivitätsfortschritt ab, d.h. vom Ausmass und von der Effizienz der neuen Investitionen sowie vom Tempo der Umstrukturierungen. Um der Nachfrage entsprechen zu können, wird sich der Rückgriff auf die Importe verstärken, was aber nicht in allen Branchen möglich ist. Es darf als sicher gelten, dass der zusätzlichen nominalen Nachfrage nicht vollständig durch ein entsprechendes Anwachsen des Güter- und Dienstleistungsvolumens wird entsprochen werden können. Der daraus resultierende Nachfrageüberhang wird eine Anpassungsinflation auslösen, die sich in einem verstärkten Preisanstieg äussern wird. Gleichzeitig wird der Nachfrageüberhang die Ueberwälzung der Lohnerhöhungen und der Verteuerung der ausländischen Produkte auf die Preise begünstigen.» (Mitteilung Nr. 200 der Kommission für Konjunkturfragen, Seite 11.)

An *wirtschaftspolitischen Problemen und Aufgaben* wird es somit auch im ersten siebziger Jahr nicht fehlen. Schwerwiegende Entscheidungen sind vorab im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu treffen, indem über die zweite Ueberfremdungsinitiative befunden werden muss. Dabei darf nicht ausser acht gelassen werden, dass die Variation der Fremdarbeiterbestände eines der möglichen Instrumente der Wirtschaftspolitik ist. Im Vordergrund der Auseinandersetzungen steht im weiteren die Revision der Bundesfinanzordnung, mit der nach Meinung des Bundesrates die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, die Steuersätze entsprechend den konjunkturellen Bedürfnissen zu variieren – ein Antrag, der angesichts der prognostizierten Verstärkung der Teuerung aktueller denn je ist.

Dr. Hans Traber, Bern

Die Ermordung eines amerikanischen Gewerkschaftsführers und ihre Folgen

Am 31. Dezember 1969 wurde ein führender Funktionär der amerikanischen Bergarbeiter-Gewerkschaft (United Mine Workers, abgekürzt UMW), Joseph A. Yablonsky, ermordet. Er war von unbekanntem Eindringlingen in seinem Haus in Clarksville (Pennsylvanien) erschossen worden und mit ihm die anderen Bewohner: Yablonskys Frau und seine Tochter.

Dieser Mord geschah drei Wochen nach der Wahl eines neuen Präsidenten der Bergarbeiter-Gewerkschaft. Yablonsky war in dieser Wahl um den Präsidentenposten der UMW dem neu gewählten Präsidenten William Anthony Boyle unterlegen. Es war eine bittere und